



## Vorwort der Herausgeber

Europa ist 2013 und 2014 wieder verstärkt das Ziel von Flüchtlingen geworden. Immer mehr Menschen machen sich auf den lebensbedrohlichen Weg nach Europa, legen ihr Schicksal und ihr Hab und Gut in die Hände skrupelloser Schlepperbanden und verlassen ihre angestammte Heimat, weil sie dort keine Aussicht mehr haben, ein Leben in Würde zu führen. Die Fluchtgründe sind vielfältig: Staatszerfall, Bürgerkriege, religiöser Extremismus, Korruption, Diskriminierung, Ächtung, Unterdrückung oder Verfolgung, manchmal auch blanke wirtschaftliche Überlebensnot.

Nicht alle EU-Mitgliedstaaten sind in gleicher Weise hiervon betroffen. In Spanien, Italien und Griechenland landen täglich Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsregionen Nordafrikas oder des Nahen Ostens. Diese Länder sind dem aktuellen Zustrom kaum gewachsen. An erster Stelle muss natürlich die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge stehen. Aber schnell stellt sich die Frage, wie es um die solidarische Lastenteilung zwischen den unmittelbar betroffenen Mittelmehr-Anrainern und den weniger betroffenen Staaten im Norden und um den Willen zur dauerhaften Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in die europäischen Gesellschaften bestellt ist. Bevölkerungsgröße, geographische Lage, Geschichte, insbesondere die kolonialgeschichtlichen Erfahrungen, entscheiden letztlich mit darüber, wie aufnahmebereit die Mitgliedstaaten sind.

Für das Vereinigte Königreich als ehemaligem Zentrum der Commonwealth Staaten hat die legale Einwanderung eine lange Tradition. Dennoch regt sich auch in Großbritannien unüberhörbar Widerstand selbst gegen Zuwanderung aus den osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. In Frankreich und Belgien finden Menschen mit arabischen und islamischen Wurzeln aus den ehemaligen afrikanischen Kolonialgebieten eine neue Heimat. In so gut wie jedem Land in Europa ist in diesen Tagen Zuwanderung und die Verunsicherung der Bevölkerung ein innenpolitisches Thema.

### Portal

Lehr-Lernmaterial zum  
Themenschwerpunkt  
Europa



<https://www.adenauer-campus.de/lernlabor/europa>

Die europäische Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik kommt nur sehr langsam voran. Ein europäischer Konsens über die zu ergreifenden Maßnahmen im Umgang mit Zuwanderung ist alles andere als selbstverständlich. Nicht nur die Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten stellt eine politische Herausforderung dar. Auch deren Integration ist kein Selbstläufer. Der Ruf nach einer gezielteren Steuerung der Zuwanderung wird unüberhörbar. Die Erfahrung der letzten Jahre hat immer deutlicher werden lassen, dass nationale Alleingänge wenig ausrichten, so dass eine gemeinsame europäische Initiative gefordert ist. Im Vordergrund stehen dabei das europäische Asylsystem sowie die Aufnahme, die Verteilung und die Integration von Flüchtlingen. Mit unserem Planspiel „Magnet Europa“ wollen wir Jugendliche ins Gespräch über diese Themen bringen.

Derweil stoßen fremdenfeindliche Parteien und Bürgerbewegungen in Finnland, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Deutschland trotz kritischer Öffentlichkeit auf eine gewisse Resonanz in den Bevölkerungen. Das macht deutlich: Europa braucht eine Debatte über die Zukunft von Einwanderung, über Integration und über das Zusammenleben in einer politisch, kulturell und ethnisch pluralen Gesellschaft. Um der Ghettoisierung und sozialen Zukunftslosigkeit, religiösen Intoleranz, menschenverachtendem Hass, nationalistischer und salafistischer Provenienz den Nährboden zu entziehen und der Zementierung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, brauchen die Aufnahmegesellschaften ebenso wie die Zugewanderten eine gemeinsame Perspektive in Europa.

Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes will die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Planspiel „Magnet Europa“ zu einer Debatte über die Zukunft der europäischen Migrationspolitik anregen. Zwar verhandeln die Akteure im Spiel primär über europäische Akutmaßnahmen. Da aber viele Flüchtlinge nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren werden, geht es zugleich um eine Entscheidung über den langfristigen Verbleib und die Integration von Flüchtlingen. Denn wer vor Terror und Verfolgung flieht und seine Hoffnung auf die menschenrechtlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Zusicherungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten vertraut, muss in Europa eine neue Heimat finden können. Europa kann daher einer Debatte über Einwanderung und Integration nicht ausweichen. Dazu will das Planspiel einen Anstoß geben.

Das Planspiel setzt bei der Betroffenheit der Zielgruppe an, die aufgrund der medialen Dauerpräsenz des Themas gegeben ist. Vertieftes Wissen zum Thema ist als Spielvoraussetzung nicht erforderlich. Informationen und Rahmenbedingungen über den aktuellen Problemstand, über Entscheidungsverfahren und politische Positionen der Akteure werden den Spielern durch Rollenblätter und Schaubilder zur Verfügung gestellt. Auf dieser Grundlage soll sich im Spielverlauf ein politischer Wille bilden, der durch einen Mehrheitsentscheid im Europäischen Parlament und im Rat am Ende auch in einen demokratisch erarbeiteten Konsens mündet. Die Spieler müssen dazu in einem mehrstufigen Verfahren, das an das ordentliche Gesetzgebungsverfahren in der EU angelehnt ist, in verschiedenen Gremien, Fraktionen, im Europäischen Parlament und im Rat für ihre konkurrierenden politischen Positionen werben und schließlich eine „Richtlinie zur Gewährung des vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Personen aus Drittstaaten in die EU“ verabschieden.

Mit dem politischen Entscheidungsverfahren lernen die Spieler die EU-Organen und ihre Arbeitsweise kennen. Sie müssen sich – aus nationaler Sicht im Rat – mit den europäischen Vorschlägen der Kommission und des Europaparlaments auseinandersetzen und – aus europäischer Perspektive – in der Rolle von Parlamentsabgeordneten mit unterschiedlichen nationalen (Rat) und parteipolitischen Positionen (Fraktionen) befassen.

Das Planspiel vermittelt nicht nur Kenntnisse über ein politisches Verfahren und das Bewusstsein über begrenzte Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der beteiligten europäischen Akteure. Es führt die Spieler auch in den europäischen Geist der Suche nach tragfähigen Kompromissen ein. Für eine Basta-Politik zulasten einzelner Mitgliedstaaten, sei es kleiner oder größer, südlicher oder nördlicher etc., – auch diese Erfahrung vermittelt das Planspiel – ist kein Platz.

Das Simulationsspiel versetzt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Lage, sich ein Urteil über die Formen der Meinungsbildung in der Europapolitik, über die beteiligten Akteure und über die Entscheidungsphasen eines politischen Dossiers zu bilden. Es vermittelt die Erfahrung eines demokratischen Politikprozesses, der Lösungen auf der Grundlage von Beteiligung, Verhandlungen, Kooperation und Multinationalität sucht. Im Lichte konkurrierender Vorschläge (politische Positionen, nationale, wirtschaftliche und soziale Interessen) werden die Teilnehmer spielerisch angeleitet, sich durch die Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen Rollen eine Meinung über das europäische Problem der Zuwanderung zu bilden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung strebt mit dem Planspiel das Ziel an, unter Bedingungen fortschreitender Internationalisierung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Politik, der Gesellschaften, der Kultur und der Religion die Entwicklung der freiheitlichen Demokratie und des Wertekonsenses in Deutschland und Europa zu fördern.

Wir wünschen dem Planspiel einen erfolgreichen und intensiven Einsatz in Schulen und Hochschulen und freuen uns auf lebhafte Diskussionen und auf Ihre Rückmeldungen zur Durchführung und zu den Lösungsvorschlägen, die von den Spielern favorisiert werden.

Ihr Ansprechpartner für Anregungen und Kritik ist Dr. Martin Reuber, eMail:

[martin.reuber@kas.de](mailto:martin.reuber@kas.de)

Dr. Melanie Piepenschneider  
Leiterin Politische Bildung  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Martin Reuber  
Politisches Bildungsforum NRW  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

